

CDU-Bundesgeschäftsstelle
z.Hd. Herrn Generalsekretär
Paul Ziemiak MdB
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin

20.08.2019

Ihre Einladung zum Werkstattgespräch Klimaschutz am 03.09.2019

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

vielen Dank für die Einladung zu der obigen Veranstaltung.

Ich möchte Ihnen auf diesem Weg den einen oder anderen Gedanken mitteilen, CO²-sparend, da ich bereits am 09.09.19 wieder zur BFA-Sitzung nach Berlin muss.

Da Sie in Ihrer Einladung das Thema „Nachhaltigkeit“ ansprechen, greife ich dies mal auf.

Zu 1: Am deutschen Wesen wird leider nicht allein die Welt genesen. Diese Arroganz sollte man schleunigst ablegen. Wenn das „nachhaltige“ Konzept fehlt, aber die Bepreisung schon Gestalt annimmt, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es nur um das Generieren von weiteren Einnahmen geht. Statt bereits ergriffene Maßnahmen auf deren Wirkung zu prüfen und weiter zu entwickeln, verkauft man „Ablassbriefe“. Das mag zwar en vogue sein, ist aber nicht nachhaltig.

Zu 2: So lange man keine komplette, praxistaugliche Lösungen hat, wie man von A nach B kommen kann, ist in meinen Augen vieles Makulatur. Ländlicher Raum und ÖPNV passen genauso wenig zusammen, wie E-Mobilität und Leitungsnetz. Wenn das Ziel fehlt, wirkt vieles planlos. Wer nicht ergebnisoffen nach Lösungen sucht, wird keine finden.

Zu 3: Der Klimaschutz gibt Ihnen vermeintlich das Recht, dieselbetriebene Maschinen- und Fahrzeuge zu stigmatisieren und zu entwerten. Der Versuch, dies auch in den Bilanzen mit Sofortabschreibung zu bepreisen, scheiterte. So brauchen wir uns aktuell um den Wachstum keine Gedanken machen; die Investitionsbereitschaft sinkt (das kann ich auch ohne Gutachten sagen).

Zu 4: Dieses Problem ist zum Teil auch hausgemacht. Um als Familie gefördert zu werden, achtete man peinlich darauf, dass ein Ausbau von Dachgeschoß oder

Einliegerwohnungen zur Finanzierung, nicht möglich waren (Stichwort: Kniestockhöhe). Jetzt das große Wehklagen. Vermietet man günstig (vielleicht sogar an Mitarbeiter), wird geldwerter Vorteil vermutet. Ist der Preis marktkonform, ist man Ausbeuter. Wenn Mieterschutz zur Enteignung wird, darf sich über die Folgen nicht wundern. Viele Städte haben ihre Mietwohnungen zwecks Haushaltskonsolidierung verkauft. Nachhaltig war das nicht.

Es fehlen „abgespeckte“ Baustandards, die erfüll- und finanzierbar sind. Öffentliche Bauvorhaben mit ihrem irrsinnigen Wust an Vorbemerkungen dokumentieren dies auch. Zur Nachhaltigkeit gehört auch, sich um die Entsorgung belasteten Materials (Photovoltaikanlagen, Dämmstoffe...) Gedanken zu machen und Lösungen anzubieten. Infrastruktur benötigt ein verlässliches Stromnetz und die Ausstattung mit Glasfaser. Den Verbalbekunden fehlt die Zielrichtung, die Überhitzung des Marktes wird sich in der Qualität der Arbeiten zeigen.

Zu 6: (5. Überspringe ich) nur eine kurze Randbemerkung: wenn man bei einer gebäudeenergetischen Sanierung Holzfenster durch Kunststofffenster ersetzt, diese mit einer Zwangsbelüftung ausstattet und noch zusätzlich einen Motor benötigt, um für Luftaustausch zu sorgen, dann ist das Konzept Augenwischerei und nicht nachhaltig. Bei fehlenden Speichermöglichkeiten erscheint auch Windkraft nur ein „Beruhigungspflasterle“. Daher konkret: wie soll künftig die Mobilität aussehen, wie die Versorgung mit Wasser und Wärme?

Bevormundung und Enteignung sind nicht klimagerecht, sondern demokratiegefährdend. Wenn das Ziel bekannt ist und stimmig, trägt man auch Einschränkungen mit. Das war schon immer so. Wenn man aber nur sich selbst erfüllenden Prophezeiungen Geburtshilfe leisten, den Mainstream unreflektiert nachplappern soll, weil ggf. die Pressemitteilung schon steht, dann ist es nachhaltiger, im eigenen Betrieb für das Steueraufkommen zu sorgen.

Viele Grüße in die Bundeshauptstadt

Ruth Baumann
Präsidentin